

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM



Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004
poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragte übergibt Jahresbericht 2012

Die Bürgerbeauftragte des Frei-
staats Thüringen, Silvia Liebaug,
hat am 19.03.2013 der Präsiden-
tin des Thüringer Landtags, Bir-
git Diezel, ihren Bericht über
die Tätigkeit für das Jahr 2012



übergeben. Der Bericht ent-
hält Schwerpunkte der Arbeit
der Bürgerbeauftragten, Über-
sichten über Bürgeranliegen so-
wie Einzelfälle im Rahmen bear-
beiteter Vorgänge. Im Jahr 2012
wurden insgesamt 839 Anlie-
gen der verschiedenen gesell-
schaftlichen Bereiche bearbei-
tet. Dies ist eine Steigerung ge-
genüber dem Vorjahr von 17
Prozent. Der Bericht ist auch im
Internet unter www.bueb.thueringen.de
veröffentlicht und steht allen
Interessierten zur Verfüg-
ung.

Die Tätigkeit der Bürgerbeauf-
tragten leistet einen wichtigen
Beitrag im Rahmen der Wahr-
nehmung der Bürgerrechte.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

85. Konferenz der Datenschutzbeauftragten am 13./14. März in Bremerhaven

Die Datenschutzkonferenz hat
sich erneut für die Stärkung
des Datenschutzes auf europä-
ischer Ebene ausgesprochen. Mit
der an das Europäische Parla-
ment, den Rat und die Kommis-
sion gerichteten Entschließung
"Europa muss den Datenschutz
stärken" hat sich die Konfe-
renz gegen alle Änderungsvor-
schläge gewandt, deren Umset-
zung das Grundrecht auf Daten-
schutz schwächen würde.

Angesichts der zunehmenden
Bedeutung von sozialen Netz-
werken hat die Konferenz die
Betreiber auf ihre Verpflichtung
hingewiesen, die Einhaltung da-
tenschutzrechtlicher Anforde-
rungen zu gewährleisten. Die
Datenschutzbeauftragten ha-
ben den Gesetzgeber in ihrer
Entschließung "Soziale Netz-
werke brauchen Leitplanken"
nachdrücklich aufgefordert, die

noch bestehenden Gesetzeslück-
en schnell zu schließen. Zur
Unterstützung der Betreiber
sozialer Netzwerke und der die
Netzwerke nutzenden öffent-
lichen und privaten Stellen bei
der datenschutzgerechten Ge-
staltung und Nutzung der An-
gebote wurde eine Orientie-
rungshilfe „Soziale Netzwerke“
vorgelegt.

In den Bundesländern werden
Daten über Krebserkrankungen
in Krebsregistern – zum
Schutz der Betroffenen mit Kon-
trollnummern pseudonymisiert
– gespeichert, um diese Da-
ten der epidemiologischen For-
schung zur Verfügung zu stel-
len. Die Datenschutzbeauftrag-
ten sind der Auffassung, dass
das vor ca. 20 Jahren entwickel-
te und derzeit noch genutzte
Verfahren für die Pseudonymi-
sierung von Krebsregisterdaten

den Schutz dieser sensiblen Da-
ten nicht ausreichend gewähr-
leistet. Sie haben deshalb mit
der Entschließung „Pseudony-
misierung von Krebsregisterda-
ten verbessern“ die zuständigen
Fachaufsichtsbehörden aufge-
fordert, Rahmenbedingungen
für eine dem heutigen Stand
der Technik angemessene Pseu-
donymisierung zu schaffen.

Die Konferenz hat zudem eine
engere Zusammenarbeit mit der
Koordinierungsstelle für IT-
Standards (KoSIT) vereinbart.
Die KoSIT koordiniert und
erstellt im Auftrag des IT-Pla-
nungsrates des Bundes und der
Länder IT-Standards für die öf-
fentlichen Verwaltungen.

Die auf der Konferenz gefassten
Entscheidungen und die Orien-
tierungshilfe sind unter www.thueringen.de/datenschutz
abrufbar.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Landesbeauftragte legt Tätigkeitsbericht vor

Am 31. März 2013 legte die Lan-
desbeauftragte Hildigund Neu-
bert ihren letzten regulären Tä-
tigkeitsbericht vor. Nach zehnjähriger
Amtszeit wird sie im
Oktober dieses Jahres aus dem
Amt ausscheiden.

Die Beratung der Opfer von
SED-Unrecht ist nach wie vor
der intensivste, wenn auch lei-
seste Tätigkeitsbereich der Be-
hörde. Noch immer gibt es Men-
schen, die erst jetzt die Rehabi-
literation für politische Haft und
Verfolgung beantragen. Dabei
wird die Beschaffung von Nach-
weisen aus dem allgemeinen
staatlichen und betrieblichen

Bereich immer schwieriger. Be-
sondere Sorge galt Menschen,
die Teile ihrer Kindheit und Ju-
gend in DDR-staatlichen Kinder-
heimen verbrachten. Viele Be-
troffene haben an den psychi-
schen Folgen, dem Bildungsde-
fizit und dem Image-Schaden
schwer zu tragen.

Im Jahr 2012 spielte der 60. Jah-
restag der ersten Zwangsaus-
siedlungen und der Errichtung
des Sperrgebietes an der inner-
deutschen Grenze eine wichtige
Rolle in der historischen Aufar-
beitung und der Bildungsarbeit.
Unvermindert ist das Interesse
der Schülerinnen und Schüler zu

erfahren, wie die Diktatur in das
Leben der damals Jugendlichen
eingegriffen hat. In 30 intensi-
ven Projekten haben sich über
800 Schüler intensiv mit Stasi-
Unterlagen und den betroffe-
nen Personen befasst.

„Bei diesen Begegnungen ent-
steht oft ein tiefes und ernst-
haftes Gespräch der Genera-
tionen, das zweifellos Haltun-
gen über den Schulalltag hin-
aus prägt. Hier spürt man, dass
Aufarbeitung der kommunisti-
schen Diktatur eine Zukunfts-
aufgabe und ein lohnendes, er-
füllendes Betätigungsfeld ist“,
sagte die Landesbeauftragte.